

# **Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts!**

## **Die neue Qualität eines alten Phänomens: Rechtsextremismus in Deutschland**

„Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann.“ „Wir werden nicht eher ruhen, als bis deutsche Umerziehungsstätten wie das Holocaust-Mahnmal dem Erdboden gleichgemacht sind.“ „Wer begeht biologischen Verrat? Jeder, der Kinder anderer Rassen adoptiert. Jeder, der einen erbkranken Partner heiratet. Jeder Mann, der eine Frau fremder Rasse aussucht, weil er krankheitsanfällige Kinder zeugt.“

**Dreimal im Originalton führende Neonazis, wenn sie keine Kreide gefressen haben, sondern Klartext reden: Udo Voigt, NPD-Vorsitzender, 52 Jahre alt, Ex-Bundeswehroffizier; Holger Apfel, NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, 33 Jahre alt; Jürgen Rieger, Nazi-Anwalt aus Hamburg, 57 Jahre alt.**

In der Bundesrepublik hat es immer wieder Wellen besonderer Aktivität von Rechtsextremisten gegeben. Ein erstes Hoch gab es in der noch jungen Republik der frühen 50er Jahren. Ein zweites Hoch erlebten sie in den späten 60er Jahren und ein drittes in der zweiten Hälfte der 80er. Seit der deutschen Vereinigung sind die „Wahlerfolge“ rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien dichter gestaffelt, auch die Ausschläge nach oben sind oft höher. Zwar haben die Strategien und Namen dieser Parteien sich genauso gewandelt wie die Wählergruppen und ihre Motive – dennoch haben wir es mit einem dauerhaften Phänomen zu tun, dem nur durch ständige und beharrliche Arbeit der Demokraten begegnet werden kann.

Anfang der 90er Jahre standen Städtenamen wie Rostock, Mölln, Hoyerswerda und Solingen als Symbole für einen gewalttätigen Rechtsextremismus der Straße. Es hat immer wieder Übergriffe gegen Menschen anderer Nationalität, Hautfarbe, Sexualität oder Gesinnung gegeben, die nationales, aber auch internationales Entsetzen hervorgerufen haben. In diesen Phasen wird die Demokratie wach und wehrt sich. Die „Lichterketten“ 1992/93 mit hunderttausenden Teilnehmern waren die größten Demonstrationen in der Nachkriegsgeschichte. Allein in Berlin demonstrieren am 8. November 1992 etwa 350.000 Menschen gegen Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit. Acht Jahre später waren es unter dem Motto „Wir stehen auf für Menschenrechte und Toleranz“ über 200.000 Menschen in der Hauptstadt. Auch in anderen Städten gab es deutliche Zeichen der Verteidigung demokratischer Kultur. Wichtig ist es aber, dass die Demokratie und die Demokraten auch jenseits von Großveranstaltungen in ihrem persönlichen Alltag wach und wehrhaft sind.

Bislang war dies recht erfolgreich. Ewiggestrige Alt-Nazis, Hitler-Moden wie in den 70er Jahren und auch eruptive Wahlerfolge von NPD, Republikanern, Schill-Partei und

der DVU haben - im Rückblick - die demokratische Grundfeste Nachkriegsdeutschlands nie ernsthaft erschüttert.

Der Rechtsextremismus hat in den vergangenen sechzig Jahren die demokratische Substanz der Bundesrepublik nicht zerstören können. Dazu wird er auch künftig nicht in der Lage sein.

Erledigt sich also das braune Phänomen in seiner Wirkung auch diesmal von allein? Besteht kein Grund zur Besorgnis angesichts der jüngsten Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien? Oder was ist neu am organisierten Rechtsextremismus? Gefährden die „Springerstiefel in Anzug und Krawatte“ den Fortbestand der Republik? Worauf muss die weltoffene, auf Frieden und Freiheit gründende Demokratie in Deutschland gefasst sein?

### **Nährboden für rechtes Gedankengut**

Heute treten die rechtsextremen Kadertruppen gegen eine Gesellschaft an, die neben all ihrer Stärke und Kraft auch ernsthafte Probleme in sich birgt. Bedrohliche Tendenzen können soziale Ausgrenzung, Entwurzelung und der Verlust demokratischer Werte der Aufklärung sein. Da liegen die Gefahren. Die Gefahr kann aus der Mitte der Gesellschaft heraus kommen, deren Integrationskraft angesichts notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen auf eine große Probe gestellt wird. Einzelne ideologische Versatzstücke der rechtsextremen Gesinnung sind bundesweit in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die Daten der Ende 2004 veröffentlichten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ verzeichnen einen besonders hohen Anstieg der rassistischen und antisemitischen Positionen bei jenen Personen, die sich der politischen Mitte zurechnen. Fast sechzig von hundert Deutschen sind der Meinung, „es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, fünf Prozent mehr als im Jahr 2002. Um fast neun Prozentpunkte stieg die Zustimmung zu dem Satz: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man in Deutschland lebende Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, eine klassische NPD-Forderung.

Die Gefahr kann aus der Verführbarkeit deklassierter oder von Deklassierungsängsten geplagter Menschen drohen. Die Gefahr kann in der Anfälligkeit von Menschen, die der komplexen Moderne nicht gewachsen scheinen, für einfache populistische Parolen bestehen. Die Gefahr kann aus dem harten Widerspruch zwischen dem scheinbaren „Alles-ist-möglich“ in der glitzernden Konsum- und Medienwelt und dem realen Trübsal neuer Unterschichten rühren. Wo zum Beispiel ganze Regionen veröden und sich für junge Menschen keine Zukunftsperspektiven bieten, ist ein Nährboden für Rechtsextreme vorhanden. Die Saat geht aber nur auf, wenn man die Rechten gewähren lässt. Will man dies nicht, muss man ihre Strategie verstehen und durchkreuzen.

### **Was ist „das Neue“ am alten Phänomen? Die neue Qualität im Auftreten der Rechtsextremen**

Rechtsextremismus begegnet uns auf mehreren Ebenen – in den Köpfen der Menschen, im öffentlichen Raum und zunehmend auch wieder in den Parlamenten. Eine Auseinandersetzung ist nur erfolgreich, wenn sie auf allen Ebenen stattfindet.

Der „neue Rechtsextremismus“ beschränkt sich nicht auf die NPD und auf keinen Fall sollte diese Partei mit rund 5.000 Mitgliedern überbewertet werden. Aber an ihr kann studiert werden, was die „neue Qualität“ ausmacht.

### **Rechtes Denken in den Köpfen**

Seit Anfang der 80er wird das Potenzial rechtsextremer Einstellungen in Deutschland wieder systematisch erforscht. Es liegt konstant bei 10-15 Prozent. Neu am Auftreten rechter Gruppen und Parteien ist, dass sie klassische rechtsextreme Einstellungen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit in Verbindung bringen mit sozialen und ökonomischen Themen. Nicht mehr allein „Ausländer raus“ ist das Thema, sondern

auch die Arbeitsmarktlage und die Kritik an Globalisierung und Kapitalismus. Unter dem Deckmantel der sozialpolitischen Interessenvertretung transportieren sie ihre antidemokratischen Parolen und Positionen.

Wird die Tarnung entfernt, offenbart die NPD ihren Führungsanspruch im organisierten Rechtsextremismus. Sie wird unbestritten als rechtsextrem und verfassungsfeindlich, von vielen auch als knallharte nationalsozialistische Kaderpartei eingestuft. Die NPD will keine parlamentarische Demokratie, sondern einen völkisch orientierten Führerstaat mit deutlichen Parallelen zum Nazi-Regime des „Dritten Reiches“.

### **Rechte im öffentlichen Raum**

Der Neuordnung des rechtsextremen Spektrums nimmt seit den 90er Jahren zu. Das hat auch damit zu tun, dass es zur neuen Strategie der NPD gehört, Neonazis stärker einzubeziehen. Gruppen und Personen, die früher unorganisiert und gewalttätig waren, werden angeleitet und juristisch beraten.

Das Erscheinungsbild und Auftreten der Rechtsextremen und Neonazis hat sich erweitert. Nicht nur Dumpfbacken und Glatzköpfe dominieren die Szene, sondern auch intellektuelle Rechte. Dumpfe Vorurteile werden mit einem negativen „coolen“ Kult verbunden. Kleinbürgerliche Ressentiments und Autoritätsfixierung werden bruchlos mit autoritäts- und staatsfeindlicher Militanz vermischt.

Der Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen, aber in Ostdeutschland ist das Problem schlimmer. Die Neonaziideologen aus dem Westen und Süden haben sich Sachsen strategisch als Kernland ausgesucht. Die NPD hat in den 90er Jahren ihr intellektuelles Zentrum weitgehend nach Sachsen verlegt. Seit Anfang 2000 sind auch der Verlag und die Redaktion des Parteiblatts „Deutsche Stimme“ im sächsischen Riesa ansässig. Gezielt werden Leute aus verbotenen Organisationen für Führungspositionen angeworben. Die Öffnung für gewaltbereite Skinheads und neonazistische Organisationen fand ihren vorläufigen Höhepunkt im Oktober 2004, als ein prominenter vorbestrafter Neonazi in den NPD-Bundesvorstand gewählt wurde.

Die kulturelle Dimension des modernen Rechtsextremismus hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Vielfach wird keine neue Jugendkultur geschaffen, vielmehr werden vorhandene Formen genutzt und mit rechtsextremen Inhalten gefüllt. Der Rechtsextremismus neuen Typs umfasst mehrere Elemente, die sich gegenseitig bestärken. Dazu gehören eine neue Jugend-, Alltags- und Gewaltkultur, eine lockere, informelle Gesellungsform, Lifestyle-Strömungen, aber auch feste organisierte Gruppen und Kader.

Insbesondere in Ostdeutschland hat die NPD zielgerichtet zivilgesellschaftliche Strukturen unterwandert, ersetzt oder auch aufgebaut. Dadurch ist Akzeptanz bis weit in die Mitte der Gesellschaft entstanden. Zu derartiger gesellschaftlicher Verflechtung war die von München ferngesteuerte DVU, die „Privatpartei“ des rechtsextremen Unternehmers Frey, nie in der Lage.

### **Rechte in den Parlamenten**

Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag wird als offizieller politischer Arm des rechtsextremen Spektrums verstanden, der stets oberhalb der medialen Wahrnehmungsschwelle, aber unterhalb der direkten juristischen Zugriffsmöglichkeiten agiert. War das öffentliche Agieren früher eher von ideologischer Kraftmeierei gekennzeichnet, so ist nun alles auf medial wirksame Tabubrüche und Provokationen ausgerichtet. Die Rechtsextremen provozieren gezielt und geplant, möglichst ohne strafrechtliche Angriffsfläche zu bieten.

Im Vergleich zu früheren Zeiten wird in den Wahlkampagnen diszipliniert alles dem Erfolg untergeordnet. Populistische Parolen ersetzen oder verhüllen rechtsextreme

Programmatik. Funktionäre und Kandidaten geben sich als Biedermänner und nette Nachbarn. Die Wölfe tarnen sich im Schafpelz. Sie sind professioneller geworden und widmen sich ebenfalls nicht nur „Ausländer raus“ – Themen, sondern wollen eine „normale“ Rolle im parlamentarischen Alltag spielen.

Die organisatorische Zersplitterung, die jahrzehntlang die rechtsextremen Kräfte in ihrer Binnen- und Außenwirkung limitierte, scheint überwunden. Der „Deutschland-Pakt“ zwischen NPD und DVU regelt bis Ende 2009, welche Organisation bei welcher Wahl antritt. Die Praxis der Vergangenheit, gegenseitig um Wähler zu konkurrieren, wurde ausgemerzt. Das Abkommen funktioniert seit den Wahlen 2004.

### **Konsequenzen für den Umgang**

Rechtes Denken, Rechte auf den Straßen und Rechte in den Parlamenten kann man nicht mit einem Ruck aus der Gesellschaft entfernen. Man kann Rechtsextremismus nicht mit einer kurzzeitigen Intensivbehandlung heilen. Und erst recht darf niemand hoffen, mit der Zeit würde das gespenstische Treiben von selbst vergehen.

Nichts darf im gesellschaftlichen Engagement gegen die neonazistischen Gesinnungstäter ausgeschlossen werden. Das eine Patentrezept gibt es nicht.

Politisch auseinandersetzen, rechtlich verhindern, gesellschaftlich ächten. Das alles ist richtig. Entlarven, verspotten, isolieren, notfalls verbieten. Alles hilft in der richtigen Dosis.

Wer mit der Politik nicht einverstanden ist, der kann das sagen, der kann sich einmischen und mit uns streiten oder zu anderen demokratischen Parteien gehen. Das ist alles legitim. Aber man wählt nicht aus Protest Nazis, das lässt sich auf gar keinen Fall rechtfertigen.

Am meisten fürchten die unbelehrbaren Nazis die Solidarität der Demokraten, den glaubwürdigen Konsens der Parteien und das Engagement der Menschen in der Zivilgesellschaft. Wenn die Politik in Einigkeit und Würde miteinander dem Rechtsextremismus begegnet, haben die Nazis nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Vor allem müssen die Immunkräfte in der Gesellschaft geweckt und stetig gestärkt werden. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind die beste Gewähr gegen Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Ein Aufstand der Anständigen verlangt von allen Demokraten, entschlossen, mutig und mit Augenmaß rechtsextremen Tendenzen entgegenzutreten. Sei es in der Schule, im Betrieb oder im Verein. Das klingt nicht spektakulär, ist aber der Schlüssel zum Erfolg. Vor allem erfordert es einen langen Atem in den unzähligen Projekten, Bündnissen und Aktionen für eine weltoffene, auf Frieden und Freiheit gründende Demokratie. Dann gewinnt die alltägliche Zivilcourage überall die Oberhand und die Würde aller Menschen bleibt unantastbar.

Die SPD muss die Auseinandersetzung als Partei auf allen drei Ebenen aufnehmen. Sie muss als zivilgesellschaftliche Organisation im Alltag präsent sein und sie muss als verantwortungsbewusste politische Kraft in Parlamenten und Regierungen eine Politik betreiben, die Rechtsextremismus das Wasser abgräbt.

# Prinzipien und Orientierungspunkte für den Umgang mit dem Rechtsextremismus: Die Wölfe im Schafspelz enttarnen!

**Vorbemerkung:** Die folgenden Prinzipien und Orientierungspunkte sollen Richtschnur für den Umgang mit dem Rechtsextremismus sein. Sie richten sich an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, insbesondere an die Funktions- und Mandatsträger.

## 1. **Menschenrechte, Demokratie und Solidarität fördern: Aufklärung und Information über die Menschenfeindlichkeit der Rechtsextremen**

Wer gegen dumpfe Parolen wirken will, muss selber Bescheid wissen, über die Ideologie und die verfassungsfeindlichen Ziele der Rechtsextremen sowie ihre Organisationen. Die demokratischen Kräfte müssen in der Lage sein, die heutigen Rechtsextremen als das darzustellen, was sie sind: Verächter der universellen Menschenrechte, Nachfolger der massenmörderischen Nazis und ohne Konzepte für die politischen Herausforderungen der Gegenwart.

## 2. **Bekämpfen statt verschweigen**

Sechzig Jahre nach Auschwitz haben wir es in Deutschland –wie auch all die Jahre und Jahrzehnte davor – mit Neonazis und Rechtsextremismus zu tun. Diese gesellschaftliche Realität ändert sich nicht dadurch, dass sie verschwiegen wird. Umso wichtiger ist es, eine breite gesellschaftspolitische Offensive gegen den Rechtsextremismus zu starten und dabei Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Der Rechtsextremismus muss mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln bekämpft werden.

## 3. **Verharmlosung der NS-Verbrechen nicht zulassen**

Eine Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus darf es nirgendwo geben. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist eine bleibende Verpflichtung. Denn nur wer sich erinnert, auch wenn er keine Schuld auf sich geladen hat, kann verantwortungsbewusst mit der Geschichte umgehen. Auch wenn Erinnerung anstrengend ist, dürfen wir der Versuchung zum Vergessen oder zum Verdrängen nicht nachgeben. Vergangenheit können wir weder ungeschehen machen noch "bewältigen". Aber aus der Geschichte lernen können wir: Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen keine Chance haben in Deutschland.

## 4. **Antisemitismus nicht dulden**

Vor dem wachsendem Antisemitismus in unserer Gesellschaft dürfen wir die Augen nicht verschließen. Wir müssen dieser Besorgnis erregenden Entwicklung mit Entschiedenheit entgegentreten. Hier gilt es aber auch, die breit gestreuten latent vorhandenen antisemitischen Vorurteile zu entkräften. Dazu gehört auch, nicht nur den Holocaust zu thematisieren, sondern auch über jüdische Geschichte und Gegenwart aufzuklären und zu informieren.

## 5. **Gewalttätigkeit ächten**

Rechtsextreme sind vielfach gewalttätig und kriminell. Gerade bei der NPD sind zahlreiche Funktionäre einschlägig vorbestraft oder müssen mit einer Verurteilung rechnen. Die angebliche Absage der rechtsextremen Parteiführer an Gewalt ist Augenschweerei. Gewalttäter haben in der Politik nichts zu suchen.

## **6. Verfassungsfeindlichkeit hervorheben**

Das Bundesverfassungsgericht hat der NPD im Frühjahr 2003 keinen Persilschein gegeben, sondern das Verfahren aus verfahrensrechtlichen Gründen eingestellt. Der Ruf nach einem erneuten Verbotsantrag ist verständlich, aber die Möglichkeiten und Aussichten müssen sorgfältig geprüft werden. Ein etwaiges Verbotsverfahren schafft das Kernproblem nicht aus der Welt, wir dürfen die Auseinandersetzung nicht allein den Gerichten überlassen. Es ist unerlässlich, die Verfassungsfeindlichkeit der Rechtsextremen immer wieder hervor zu heben.

## **7. Der Tarnung nicht auf den Leim gehen**

Bei einem relevanten Teil der Rechten hat ein Ideologiewandel stattgefunden. Sie tarnen sich teilweise als Biedermänner und ihre offiziellen Parteiprogramme sind bewusst schwammig formuliert. Wichtig ist, genau hinzuhören, was die Rechtsextremen wirklich sagen und meinen. Rechtsextreme sind Verfassungsfeinde, sie wollen eine andere Gesellschaftsordnung. Wer mit Rechtsextremen über Sachthemen diskutiert, läuft Gefahr, womöglich bereits ihrer Strategie auf den Leim zu gehen. In der politischen Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen muss entlarvt werden, was diese wirklich wollen.

## **8. Wehrhaftigkeit und Standhaftigkeit der Demokratie beweisen**

Im Parlament kann es für uns keine Bündnisse, keine gemeinsamen Anträge, kein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit Rechtsextremen geben. Die Demokraten müssen die besseren Parlamentarier sein und souverän ohne Aggressivität die Rechtsextremen in die Schranken weisen. In der parlamentarischen Auseinandersetzung lassen wir uns deshalb von Rechtsextremen keine Themen aufzwingen. Mit Verfassungsfeinden kann es keine parlamentarische Normalität geben.

## **9. Wer Rechtsextreme wählt, ist kein Protestwähler, sondern unterstützt Neonazis**

Rechtsextrem wählen bedeutet den Grundkonsens unserer Gesellschaft zu verlassen. Wähler der rechtsextremen Parteien unterstützen mit ihrer Stimme deren verfassungsfeindliche Programmatik. Das muss auch so gesagt werden und darf nicht verharmlost oder verniedlicht werden. Stimmabgabe für die Braunen darf keine gesellschaftlich akzeptierte Protestwahl sein.

## **10. Keine Stimmen für die Rechtsextremen**

Mit den Rechtsextremen gibt es keine gemeinsame Basis, auch nicht in Ausnahmefällen. In den Parlamenten darf grundsätzlich nicht mit den Rechtsextremen abgestimmt werden. Wer mit den Rechtsextremen stimmt, macht sie hoffähig.

## **11. Strikte Trennlinie ziehen**

Die Abgrenzung demokratischer Politiker/innen gegenüber rechtsextremem Gedankengut muss klar und eindeutig sein. Gemeinsame Auftritte mit Vertretern der NPD oder DVU auf Veranstaltungen und Podien nutzen in der politischen Auseinandersetzung nicht. Es darf auch keinerlei Beiträge oder Interviews für extrem rechte Zeitschriften geben. Dies gilt insbesondere für Blätter wie die „Junge Freiheit“ und „Criticon“, die sich damit als demokratisch legitimieren wollen.

## **12. Als Demokraten hohlen wir im Kampf gegen Verfassungsfeinde nicht die Grundordnung aus**

Ob versucht werden soll, eine Demonstration verbieten zu lassen, muss von Fall zu Fall entschieden werden. Aufmärsche werden von den Gerichten meistens erlaubt, auch

Rechtsextreme haben in der Demokratie Grundrechte. Da sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort gefordert, mit Kreativität und Vielfalt friedlich dem braunen Treiben entgegen zu treten.

### **13. Parteilichkeit der Demokratie - Das Netzwerk der Demokraten**

Die demokratischen Parteien und Politiker dürfen nicht selber Politik- und Parteienverdross durch Fehlverhalten, Selbstbeschimpfung und Unglaubwürdigkeit befördern.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf nicht instrumentalisiert werden. Neben der legitimen Parteienkonkurrenz ist vielfach die übergeordnete Parteilichkeit der Demokratie gefordert. Aufgabe der demokratischen Kräfte ist es, gemeinsam gegen rechtsextremistische Positionen Stellung zu beziehen und zu zeigen, dass Deutschland eine weltoffene, auf Frieden und Freiheit gründende Demokratie ist.

Der Einzug rechtsextremer Parteien in den Bundestag und weitere Landesparlamente muss gemeinsam verhindert werden.

### **14. Grenzen aufzeigen: Intervention und Null-Toleranz**

Auch wenn es nur eine Minderheit in der Gesellschaft ist, die rassistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischen Gedankengut anhängt, wir dürfen dieser Minderheit nicht einen Fußbreit Raum lassen. Wo die Grenze zur Kriminalität überschritten wird, und Straftaten begangen werden, muss der Rechtsstaat sich konsequent zur Wehr setzen. Polizei und Justiz müssen dafür sorgen, dass strafrechtliche Tatbestände unverzüglich verfolgt werden.

### **15. Gesellschaftliche Bündnisse schmieden**

Zivilcourage zeigen, nicht wegsehen, den Rechtsextremen nicht den öffentlichen Raum überlassen. Den rechtsextremen Umtrieben müssen wir mit Entschiedenheit entgegentreten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen oft an der Spitze von Bewegungen, die Gesicht zeigen. Es gilt, breite gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden. Jeglicher Gewaltbereitschaft ist eine klare Absage zu erteilen.

### **16. Opfer rechter Gewalt schützen**

Rechtsextreme Gewalttäter suchen ihre Opfer häufig unter Minderheiten (Ausländer, Behinderte, Obdachlose oder auch Homosexuelle). Es kann nicht hingenommen werden, dass in unserer Gesellschaft Menschen angegriffen werden. Wir dürfen die Opfer rechter Gewalt nicht alleine lassen, sie genießen unseren Schutz und unsere Solidarität.

### **17. Kein Platz für Rechtsextremismus im Wirtschafts- und Arbeitsleben**

Alle Beschäftigten haben dafür Sorge zu tragen, dass rechtsextreme Propaganda und Parolen im Wirtschafts- und Arbeitsleben nicht geduldet werden. Die Führungskräfte sind im besonderen Maße als persönliche Vorbilder in der Verantwortung. Arbeitgeber und Betriebs- bzw. Personalräte müssen ermuntert werden, die zahlreich vorhandenen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus praktisch auszunutzen.

### **18. Keine Plattform für rechtsextreme Propaganda in den Medien**

Die Pressefreiheit ist ein grundgesetzlich verbrieftes Recht. Rechtsextreme gehören aber grundsätzlich nicht in Talkshows oder Gesprächsrunden in Funk und Fernsehen. In den Printmedien haben Interviews mit Rechtsextremen nichts verloren. Medien müssen über Rechtsextreme berichten. Sie sollten ihnen aber kein Forum bieten, weil diese damit aufgewertet werden. Es gilt auch hier der Leitsatz von Hanns Joachim Friedrichs: „Schreiben, was Sache ist. Senden, was Sinn macht.“

## **19. Informationen für Medien transparent machen**

Die Medien dürfen den Rechtsextremismus nicht totsichweigen, sondern müssen zur Erfüllung ihres Auftrags der informativen Grundversorgung auch über Rechtsextreme informieren. Wichtig ist es hier, Journalisten das nötige Rüstzeug dafür zur Verfügung zu stellen, partnerschaftlich Wissen und Detailkenntnisse auszutauschen. Sinnvoll ist es auch, in regelmäßigen Gesprächsrunden Hintergrundinformationen anzubieten und so zum aufklärenden Journalismus beizutragen.

## **20. Öffentlichkeit suchen**

Die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen muss überall stattfinden. Unter zahlreichen anderen Möglichkeiten können wir beispielsweise öffentliche Stellungnahmen dazu verbreiten sowie in Nachbarschaftsgesprächen aufklären und informieren. Beschwerde- und Leserbriefe sind vor allem immer dann ratsam, wenn jemand rechten Parolen nacheifert. Auch lobende Briefe für gelungene Sendungen oder Artikel können positiv ausstrahlen.

## **21. Dauerhaftigkeit statt Strohfeuer-Aktionismus entfachen**

Das Engagement zur Beseitigung des Rechtsextremismus darf nicht in Eintagsfliegen oder Strohfeuer-Aktionismus versanden. Die SPD bekennt sich dazu, dauerhaft gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus ideell und materiell zu unterstützen. Dies schließt die finanzielle Förderung einer nachhaltig wirksamen politischen Bildungsarbeit ein.

## **22. Den Nährboden entziehen: Prävention und Stabilisierung**

Die gelebte Demokratie zeichnet sich durch Vertrauensarbeit aus. Zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen müssen gefördert, Toleranz, Respekt und Weltoffenheit aktiv unterstützt werden. Denn wo demokratisches Miteinander und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu schwach ausgebildet sind, finden rechtsextreme Propagandisten Platz, um ihre menschenverachtende Ideologie in den Köpfen der Menschen zu verankern.

## **23. Reintegration ermöglichen – zivilgesellschaftliche Alternativen aufzeigen**

Das rechtsextreme Spektrum ist kein einheitliches in sich geschlossenes Gebilde. Mitläufer sind vom harten Kern der Unbelehrbaren zu trennen. Gerade Jugendliche wissen oft nicht, worauf sie sich da eingelassen haben und können zur Umkehr bewegt werden. Erforderlich ist ein differenziertes Umgehen, das nicht vorschnell stigmatisiert, dämonisiert oder verharmlost. Die einzelnen Menschen dürfen nicht verloren gegeben werden. Die Gemeinschaft muss offen sein für alle, die den rechtsextremen Organisationen den Rücken kehren. Sie wieder einzubinden in die Zivilgesellschaft ist Herausforderung und Chance zugleich, den braunen Sumpf trocken zu legen.

## **24. Rückgrat ausbilden für den Umgang mit Rechtsextremen**

Wer im Parlament mit Rechtsextremen zu tun hat, muss Unterstützung durch (innerparteiliche) Bildungsangebote erfahren, die Wissensaufbau und Handlungskompetenz fördern.

-----